

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Erprobungsphase der Kooperation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1974) : Erprobungsphase der Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 5, pp. 226-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134676>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

Erprobungsphase der Kooperation

Zu den Zielen der gerade aus dem Amt geschiedenen Regierung Brandt gehörte der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa. Inzwischen hat sich gezeigt, daß sich aufgrund dieser Politik der Wa-

renaustausch zwar kräftig erhöht hat, die Hindernisse im Osthandel selbst aber nicht beseitigt werden konnten. Devisen- und Kapitalmangel, Qualitätsprobleme und Produktionsstrukturen in Osteuropa bremsen heute nach wie vor die weitere Entwicklung. Nach Meinung der ECE wird sie deshalb auch in diesem Jahre merklich erlahmen. Zudem muß befürchtet werden, daß die mit der bisherigen Entwicklung einhergehende Verschuldungszunahme der RGW-Staaten, gerade auch gegenüber der Bundesrepublik, die künftigen Wirtschaftsbeziehungen belasten wird.

Diejenige Form der Beziehungen, die einige Hindernisse des reinen Warenaustauschs zu überwinden in der Lage ist und gerade deshalb von der Regierung Brandt eine besondere Förderung erfahren hat, ist die Kooperation zwischen deutschen Unternehmen und sozialistischen Betrieben. Denkt man an die verschiedenen Probleme bei der intersystemaren Kooperation, so ist es ohne Zweifel ein wirtschaftlicher Erfolg, wenn heute über 300 Kooperationsprojekte zwischen deutschen und sozialistischen Partnern durchgeführt werden.

Eine Folge der deutschen Politik ist es aber auch, daß die Erwartungen in Osteuropa hinsichtlich der Möglichkeiten auf diesem Sektor inzwischen gefährlich hochgeschraubt worden sind. Abgesehen von den Kapazitätsengpässen wird die deutsche Wirtschaft – bei allem Interesse an der Kooperation – häufig Konditionen verlangen müssen, die die östlichen Partner nicht zu akzeptieren bereit sein dürften. Obwohl Vertreter der deutschen Wirtschaft an vielen offiziellen Gesprächen – wie z. B. in den Wirtschaftskommissionen – direkt beteiligt sind, ist das Gerücht über Vorzugskonditionen bei der Kreditgewährung in den osteuropäischen Partnerländern bis heute nicht verstummt; dies vor allem deshalb, weil deutsche Regie-

rungsvertreter das klare Nein der Wirtschaft bisweilen in ein „Jein“ umzuwandeln schienen.

In Zukunft sollte die Regierung zwar den Rahmen, den sie der privaten Wirtschaft durch ihre Vertragspolitik für die Abwicklung der Kooperation geschaffen hat, weiter ausbauen. Es besteht aber – zumindest zur Zeit – kein Anlaß, offiziell in den Kreditwettbewerb mit anderen Staaten einzutreten. Es gibt nämlich keinen ökonomisch vertretbaren Grund, auch in Zukunft um jeden Preis die Liste der westlichen Handels- und Kooperationspartner der einzelnen RGW-Länder anführen zu wollen. Auch die mit der Kooperation verfolgten übergeordneten volkswirtschaftlichen Ziele im Rohstoff- und Energiesektor werden sich (weitgehend) ohne subventionierte Kredite verwirklichen lassen, zumal sich die Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit von Osteuropa durch die jüngsten deutsch-persischen Vereinbarungen verringern dürfte.

Auch wenn sich die Zahl der deutsch-osteuropäischen Kooperationsprojekte während der Ära Brandt stark erhöht hat, so befindet sich diese Form der Wirtschaftsbeziehungen immer noch in der Erprobungsphase. Die künftige deutsche Kooperationspolitik sollte deshalb gewisse Einseitigkeiten der bisherigen Entwicklung zu überwinden suchen. Dazu gehört, daß neben der Investitionsgüterindustrie auch die übrigen Bereiche und außer den mittleren und großen Unternehmen auch kleinere Firmen stärker zum Zuge kommen; denn gerade deren spezialisierte Produktionen sind für östliche RGW-Partner sicherlich oft von nicht geringem Interesse. Der erste Platz unter den westlichen Handels- und Kooperationspartnern Osteuropas sowie das deutsche Potential bilden keine ungünstige Ausgangsposition, um den deutschen Wünschen in den osteuropäischen Ländern entsprechendes Gehör zu verschaffen.